

Der AIV-Komm

herausgegeben von

Univ.-Prof. Dr. Walter J. Pfeil

Universität Salzburg

Univ.-Prof. Dr. Susanne Auer-Mayer

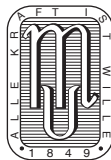
Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Ass. MMag. Dr. Birgit Schrattbauer

Universität Salzburg

Titelei

2. Ausgabe



Wien 2016

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:

Lang: *BearbeiterIn* in *Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer*, Der AIV-Komm § ... AIVG Rz ...

Kurz: *BearbeiterIn* in AIV-Komm § ... SUG Rz ...

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeberinnen, Autorinnen sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-03648-5

© 2022 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort aus Anlass der Erweiterung des Herausgeberinnenteams

Mehr als sechs Jahre sind seit der ersten Lieferung zum AIV-Komm bereits ins Land gezogen. Das Projekt der Umstellung des zuvor von *Walter J. Pfeil* alleine bearbeiteten Kommentars zum ALVG auf einen (auch die wichtigsten Nebengesetze im Bereich der Arbeitslosenversicherung erfassenden) Großkommentar, an dem nun ein mehrköpfiges Team von Autorinnen aus Verwaltung, Justiz und Wissenschaft mitwirkt, kann wohl als sehr gelungen bezeichnet werden. Sowohl in der Rechtspraxis als auch in der Rechtswissenschaft hat sich der AIV-Komm mittlerweile als unverzichtbares Nachschlagewerk in allen Fragen des Arbeitslosenversicherungsrechts etabliert.

Die wissenschaftliche Aufbereitung des oft eher stiefmütterlich behandelten Rechts der Arbeitslosenversicherung ist schon seit Jahrzehnten nahezu untrennbar mit dem Namen des „Erfinders“ des AIV-Komm verbunden. Die kürzlich erfolgte Pensionierung von *Walter J. Pfeil* zieht nun allerdings auch Änderungen in der Herausgeberschaft des AIV-Komm nach sich. Glücklicherweise wird sich *Walter J. Pfeil* nicht zur Gänze aus dem AIV-Komm zurückziehen, sondern vorerst weiterhin sowohl als Autor als auch als Herausgeber zur Verfügung stehen. Er wird ab sofort jedoch in dieser Aufgabe durch *Susanne Auer-Mayer* und *Birgit Schrattbauer* unterstützt. Beide freuen sich sehr über die Ehre, in Zukunft nicht nur als Autorinnen, sondern auch als Co-Herausgeberinnen des AIV-Komm mitwirken zu können.

Auch im Autorinnenteam haben sich in der Zwischenzeit einige (wenige) Veränderungen ergeben; manche Autorinnen sind (pensionsbedingt) ausgeschieden, erfreulicherweise konnten aber auch hier neue Kolleginnen für die Mitwirkung am AIV-Komm gewonnen werden. Am bewährten Konzept, das auf die Einbeziehung von Expertinnen aus allen relevanten Tätigkeitsfeldern des Arbeitslosenversicherungsrechts setzt, werden wir daher selbstverständlich auch in Zukunft festhalten. Dasselbe gilt für den selbstgewählten Anspruch, durch eine solide und kritische rechtswissenschaftliche Aufarbeitung des Rechts der Arbeitslosenversicherung im Rahmen des AIV-Komm einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung dieses in der Praxis so wichtigen Bereichs des Sozialrechts zu leisten. Ohne das hohe Engagement der Autorinnen wäre die Realisierung dieser Zielsetzung freilich nicht möglich. Ihnen sei deshalb an dieser Stelle einmal mehr sehr herzlich für ihre Mitwirkung gedankt. Unser Dank gilt aber auch all jenen Personen, die im Hintergrund durch Mithilfe bei Recherche- und Redigierungsarbeiten wertvolle Unterstützung leisten, und nicht zuletzt unseren hochgeschätzten Ansprechpartnerinnen des Manz-Verlages, allen voran Mag.^a *Mirjam Zierl* und Mag.^a *Elisabeth Stinauer*.

In dankbarer Erinnerung wollen wir aber auch Mag.^a *Anita Hiebler* bewahren, die das Projekt von Anfang an professionell, aber auch mit freundschaftlichem Engagement begleitet hat und uns alle leider viel zu früh verlassen musste.

Wien/Salzburg, im Oktober 2022

Walter J. Pfeil
Susanne Auer-Mayer
Birgit Schrattbauer

Vorwort

Die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung ist in den letzten Jahren – leider auch in Österreich – erheblich gestiegen. Dies steht in eklatantem Gegensatz zum Stand der rechtswissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Materie. Als ich im Jahr 2003 die Fortsetzung des in Loseblattform erscheinenden Kommentars übernehmen durfte, den bis dahin mit Mag. *Karl Dirschmied* ein ausgewiesener Praktiker dieses Rechtsbereichs betreut hatte, gab es daneben lediglich eine Textausgabe mit Erläuterungen und ein paar (noch dazu eher punktuelle) Aufsätze. Seither sind zwar zwei Kommentierungen zum ALVG und eine zum AMPFG sowie eine Reihe von Beiträgen und Entscheidungsanmerkungen dazu gekommen. Eine umfassende, dogmatisch fundierte und dennoch aktuelle Bearbeitung des gesamten Arbeitslosenversicherungsrechts, die den Bedürfnissen der Praxis und wissenschaftlichen Standards gleichermaßen Rechnung zu tragen versucht, gibt es bis dato aber nicht.

Die Realisierung eines solchen Vorhabens stößt auch rasch an Grenzen. Diese haben nicht zuletzt mit den (bisweilen hektischen und nicht immer nachvollziehbaren) Aktivitäten des Gesetzgebers zu tun, der noch dazu wiederholt Fragen der Klärung durch die Rechtsprechung überlässt, bei welcher nun seit 2014 mit dem Bundesverwaltungsgericht eine neue (und durchaus bereits innovativ tätige) Ebene dazugekommen ist. Hier auch nur einigermaßen die Übersicht behalten, geschweige denn die jeweilige Rechtslage stets zeitnah analysieren und darstellen zu können, überfordert die Kapazitäten Einzelner, noch dazu, wenn sie sich nicht „hauptamtlich“ dem Arbeitslosenversicherungsrecht widmen können. Ich bin daher froh und dankbar, dass der Verlag Manz meine Initiative, die Kommentierung dieser Materie unter Einbeziehung der Nebengesetze völlig neu aufzustellen, bereitwillig aufgegriffen hat. Dafür konnte auch ein Team von kompetenten Autorinnen zusammengestellt werden, das praktisch alle juristischen Tätigkeitsfelder abbildet, die mit der Arbeitslosenversicherung zu tun haben: Von der Administration und Legistik im zuständigen Ministerium über die strategische wie operative Umsetzung beim AMS sowie deren Kontrolle durch Höchstgerichte bis hin zur anwaltlichen Vertretung und – natürlich – der wissenschaftlichen Analyse und Reflexion.

Diesen Autorinnen gebührt auch mein allererster Dank, für ihr großes Engagement und die zuverlässige Einhaltung der zeitlichen Vorgaben, die – trotz vielfältiger anderer Verpflichtungen – zu keinen Abstrichen bei der Qualität der Beiträge geführt hat. Auf Seiten des Verlags schulde ich Dank vor allem Mag.^a *Anita Hiebler* für ihre großartige Lektorats- und Redaktionsarbeit, aber auch Mag.^a *Christine Viski Hanka* und Mag. *Maximilian Oswald* für die umsichtige verlegerische Betreuung sowie Mag. *Heinz Korntner* für sein stets offenes Ohr und offenes Herz für die Anliegen und Sorgen seiner Autorinnen. Schließlich habe ich einigen Mitarbeiterinnen im Fachbereichs Arbeits- und Wirtschaftsrecht bzw im WissensNetzwerk Recht, Wirtschaft und Arbeitswelt der Universität Salzburg für die Unterstützung bei der Suche und Aufbereitung der Unterlagen sowie der Redigierung der Beiträge zu danken, namentlich (in der Reihenfolge ihrer Einbindung) Universitätsassistentinnen Mag. *Friedrich Steiner* und Mag.^a *Stella Weber*, vor allem aber den Studentischen Mitarbeiterinnen *Lena-Valeria Worsch* und *Dragana Stijakovic* die zuletzt auch von *Jakob Brandl* und *Lorenz Kern* unterstützt wurden.

Im Namen aller, die zum Entstehen des nun vorliegenden Werks beigetragen haben, hoffe ich, dass damit die rechtswissenschaftliche Erschließung des Arbeitslosenversicherungsrechts ei-

Vorwort

nen wesentlichen Schritt weiter gebracht werden kann. Wenn wir schon unmittelbar kaum etwas gegen Arbeitslosigkeit tun können, dann wollen wir wenigstens einen Beitrag dazu leisten, dass die Regelungen, die dieses soziale Risiko besser bewältigbar machen sollen, ihrem Zweck entsprechend angewendet werden, und erforderlichenfalls auch einen Anstoß dafür geben, dass diese Regelungen – in einer für die Gesellschaft Nutzen stiftenden Weise – geändert werden.

Salzburg, Mitte April 2016

Walter J. Pfeil

Inhaltsübersicht

Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	IX
Autorinnenverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Abgekürzt zitierte Literatur.	XXIX

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Arbeitslosenversicherungsgesetz – AIVG

Artikel I

Umfang der Versicherung

- §§ 1., 2. [Geltungsbereich] (*Rudolf Müller*)
- § 3. Arbeitslosenversicherung selbständig Erwerbstätiger (*Pfeil*)
- §§ 4., 5. Meldungen zur Arbeitslosenversicherung (*Rudolf Müller*)

Artikel II

Leistungen

- § 6. [Leistungsarten] (*Kartusch/Tiringer*)

Abschnitt 1

Arbeitslosengeld

- § 7. Voraussetzungen des Anspruches (*Schörghofer*)
- § 8. Arbeitsfähigkeit (*Schrattbauer*)
- § 9. Arbeitswilligkeit (*Julcher*)
- § 10. [Sperrre] (*Julcher*)
- § 11. [Sperrfrist bei selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit] (*Pfeil*)
- § 12. Arbeitslosigkeit (*Pfeil*)
- § 13. [Arbeitskampfmaßnahmen] (*Pfeil*)
- § 14. Anwartschaft (*Pfeil*)
- § 15. [Rahmenfristerstreckung] (*Pfeil*)
- § 16. Ruhen des Arbeitslosengeldes (*Auer-Mayer*)
- § 17. Beginn des Bezuges (*Auer-Mayer*)
- § 18. Dauer des Bezuges (*Auer-Mayer*)
- § 19. Fortbezug (*Auer-Mayer*)
- § 20. Ausmaß des Arbeitslosengeldes (*Schörghofer*)
- § 21. [Grundbetrag und Ergänzungsbetrag] (*Schörghofer*)
- § 21 a. Anrechnung von Einkommen aus vorübergehender Erwerbstätigkeit (*Schörghofer*)
- § 22. Ausschluss bei Anspruch auf Alterspension (*Schrattbauer*)
- § 23. Bevorschussung von Leistungen aus der Pensionsversicherung (*Schrattbauer*)
- § 24. Einstellung und Berichtigung des Arbeitslosengeldes (*Julcher*)
- § 25. [Verpflichtung zum Rückersatz] (*Julcher*)

Abschnitt 2

Leistungen zur Beschäftigungsförderung

- § 26. Weiterbildungsgeld (*Sauer/Furtlehner*)

- § 26 a. Bildungsteilzeitgeld (*Sauer/Furtlehner*)
- § 27. Altersteilzeitgeld (*Sauer/Furtlehner*)
- § 27 a. Teilpension – erweiterte Altersteilzeit (*Sauer/Furtlehner*)
- § 28. Ruhen des Anspruches auf Altersteilzeitgeld (*Sauer/Furtlehner*)

Abschnitt 2 a

Kranken- und Pensionsversicherung bei Sterbebegleitung, bei Begleitung von schwerst erkrankten Kindern, bei Pflegekarenz und bei Pflegezeit

- § 29. Kranken- und Pensionsversicherung für Dienstnehmer (*Sauer/Furtlehner*)
- § 30. Sonderbestimmungen für Dienstnehmer ohne Pensionsversicherung (*Sauer/Furtlehner*)
- § 31. Sonderbestimmungen für Dienstnehmer ohne Krankenversicherung (*Sauer/Furtlehner*)
- § 32. Kranken- und Pensionsversicherung für Arbeitslose (*Sauer/Furtlehner*)

Abschnitt 3

Notstandshilfe

- § 33. Voraussetzungen des Anspruchs (*Pfeil*)
- § 34. Kranken- und Pensionsversicherungsanspruch (*Pfeil*)
- § 35. Dauer (*Pfeil*)
- § 36. Ausmaß (*Pfeil*)
- § 36 a. Einkommen (*Pfeil*)
- § 36 b. Umsatz (*Pfeil*)
- § 36 c. Mitwirkungspflicht (*Pfeil*)
- § 37. Fortbezug der Notstandshilfe (*Auer-Mayer*)
- § 38. Allgemeine Bestimmungen (*Pfeil*)

Abschnitt 3 a

Besondere Leistungen für ältere Personen

- § 39. Übergangsgeld nach Altersteilzeit (*Sauer/Furtlehner*)
- § 39 a. Übergangsgeld (*Sauer/Furtlehner*)

Abschnitt 3 b

Besondere Leistung für gesundheitlich beeinträchtigte Personen

- § 39 b. Umschulungsgeld (*Schrattbauer*)

Abschnitt 4

- § 40. Krankenversicherung der Leistungsbezieher (*Auer-Mayer*)
- § 40 a. Unfallversicherung (*Auer-Mayer*)
- § 41. Leistungen der Krankenversicherung (*Auer-Mayer*)
- §§ 42. – 43 a. Beiträge und Meldungen zur Krankenversicherung (*Auer-Mayer*)

Artikel III

Verfahren

- § 44. Zuständigkeit (*Kartusch/Tiringer*)

X

Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer, AIV-Komm, Titelei (2. Ausgabe)

- § 45. [Streitigkeiten über die Versicherungspflicht; Rückerstattung von Beiträgen] (*Kartusch/Tiringer*)
- § 46. Geltendmachung des Anspruches auf Arbeitslosengeld (*Kartusch/Tiringer*)
- § 47. [Erledigung des Antrages] (*Kartusch/Tiringer*)
- § 48. [Entscheidung bei Arbeitskampfmaßnahmen] (*Pfeil*)
- § 49. Kontrollmeldungen (*Julcher*)
- § 50. Anzeigen (*Julcher*)
- §§ 51.–54. Auszahlung der Leistungen (*Kartusch/Tiringer*)
- § 55. Mitwirkung der Gemeinden (*Rudolf Müller*)
- §§ 56., 57. Entscheidung (*Rudolf Müller*)
- § 58. Verfahren in Angelegenheiten der Notstandshilfe (*Rudolf Müller*)
- § 59. [aufgehoben]

Artikel IV

Finanzielle Bestimmungen

- §§ 60.–65a. [aufgehoben]

Artikel V

- § 66. [aufgehoben]
- § 66a. Sonderbestimmungen für Strafgefangene (*Schrattbauer*)

Artikel VI

Allgemeine Bestimmungen

- § 67. Übergang von Ansprüchen (*Auer-Mayer*)
- § 68. Exekutions- und Verfügungsbeschränkungen (*Auer-Mayer*)
- § 69. Rechtshilfe und Auskunftspflicht (*Auer-Mayer*)
- § 70. Stempel- und Gebührenfreiheit (*Auer-Mayer*)
- § 71. Strafbestimmungen (*Auer-Mayer*)
- § 72. Pauschalierter Aufwandsersatz (*Auer-Mayer*)
- § 73. Zufluss der Mittel (*Auer-Mayer*)

Artikel VII

Übergangs- und Schlußbestimmungen

- §§ 74., 75. Übergangsbestimmungen bei Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenzen (*Rudolf Müller*)
- § 76. Anhörungsrecht des Regionalbeirates (*Kartusch/Tiringer*)
 - § 76a. Anhörungsrecht (*Kartusch/Tiringer*)
 - § 77. Aufhebung von Vorschriften (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 78. Vollziehung (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 79. Inkrafttreten (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 80. Außerkrafttreten (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 81. Übergangsrecht (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 82. Übergangsregelungen für Altersteilzeitvereinbarungen (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 83. Evaluierung (*Sauer/Furtlehner*)
 - § 84. Verweisungen (*Sauer/Furtlehner*)

Sonderunterstützungsgesetz – SUG (Schrattbauer)
Überbrückungshilfengesetz – ÜHG (Schörghofer)
Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz – AMPFG (Sauer/Furtlehner)

Anhänge

Anh 1: Arbeitsmarktservicegesetz – AMSG

Anh 2: Arbeitsmarktförderungsgesetz – AMFG

Anh 3: V des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 10. 7. 1973 betreffend Richtlinien für die Gewährung der Notstandshilfe – NHV

Anh 4: V des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 8. 1. 1988 über die Vereinfachung des Meldewesens und über die Art der Entrichtung der Beiträge zur Krankenversicherung der Leistungsbezieher nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 – Melde- und BeitragsV KV

Anh 5: V des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 5. 7. 1988 über die Vereinfachung des Meldewesens und Art der Entrichtung der Beiträge zur Unfallversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld nach § 18 Abs. 5 und 8 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977 – Melde- und BeitragsV UV

Anh 6: V des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Bestätigung der Arbeitslosenversicherung für Strafgefangene – StrafgefangenenV – Bestätigung der AIV

Anh 7: V des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Abfuhr der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Strafgefangene – StrafgefangenenV – Abfuhr der Beiträge

Anh 8: V des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Arbeitsbescheinigung zur Geltendmachung von Arbeitslosengeld – ABVO

Anh 9: V der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Auszahlung der Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 – AZV

Anh 10: V des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Zuständigkeitssprengel der Organe des Arbeitsmarktservice für die Besorgung behördlicher Aufgaben – AMSprV

Anh 11: V des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über die Einhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von selbständig Erwerbstätigen – SelbständigenbeitragsV

Anh 12: Bundesrichtlinie zur Anerkennung, Förderung und Durchführung von Maßnahmen der Arbeitsstiftung – AST

Anh 13: Richtlinie des Arbeitsmarktservice zur Freigrenzenerhöhung (§ 36 Abs 5 AIVG)

Anh 14: Bundesrichtlinie über die Ausnahme von BezieherInnen von Übergangsgeld und Übergangsgeld nach Altersteilzeit sowie von BezieherInnen von Sonderunterstützung vom Erfordernis der Verfügbarkeit nach § 7 Abs 3 Z 1 AIVG (ÜGG und SUG)

Anh 15: Bundesrichtlinie Aus- und Weiterbildungsbeihilfen BEMO

Anh 16: Bundesrichtlinie Qualitätsstandards für Arbeitsverhältnisse im Rahmen eines Sozialökonomischen Betriebes (SÖB) oder eines Gemeinnützigen Beschäftigungsprojektes (GBP) – AV-SÖB/GBP

Autorinnenverzeichnis

Mag. Dr. **Susanne Auer-Mayer**, Studium der Rechtswissenschaften in Salzburg; Habilitation an der Universität Salzburg 2018; seit 2020 Universitätsprofessorin für Arbeitsrecht und Sozialrecht am Institut für Österreichisches und Europäisches Arbeitsrecht und Sozialrecht der Wirtschaftsuniversität Wien; Forschungs-, Lehr- und Vortragstätigkeit zu verschiedenen Bereichen des Arbeits- und Sozialrechts.

MMag. **Josef Furtlehner**, Studium der Politikwissenschaften, Völkerkunde und Rechtswissenschaften; Mitarbeiter im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft für legislative, normative und rechtliche Angelegenheiten der Arbeitsmarktpolitik (insb Arbeitslosenversicherung).

Dr. **Angela Julcher**, Studium der Rechtswissenschaften; berufliche Tätigkeit am Hans Kelsen-Institut, am Verwaltungsgerichtshof (Schriftführerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin) sowie im Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, zuletzt als Leiterin der Abteilung für Internationale Angelegenheiten und andere Verwaltungsangelegenheiten; seit 2011 Hofrätin des Verwaltungsgerichtshofes, seit 2015 Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofes; seit 2017 Honorarprofessorin an der Universität Salzburg, Fachbereich Arbeits- und Wirtschaftsrecht; Vorträge und Publikationen insbesondere auf dem Gebiet des Verfassungsrechts, des Verwaltungsverfahrensrechts und des Sozialversicherungsrechts.

Jakob Kartusch, seit 2010 beim AMS Wien im Bereich Arbeitslosenversicherung beschäftigt, seit 2018 als qualifizierter Sachbearbeiter im Rechtsmittelverfahren in der Rechtsabteilung des AMS Wien tätig.

Hon.-Prof. SP des VwGH iR Dr. Dr.h.c. **Rudolf Müller**, Studium der Rechtswissenschaften, Lehrbefugnis für Arbeits- und Sozialrecht als Honorarprofessor der Universität Salzburg, berufliche Tätigkeit im BM für soziale Verwaltung, als Rechtsanwalt und von 1990–2012 als Hofrat bzw Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes. Seit 1994 Ersatzmitglied und von 1998 bis 2017 Mitglied und ständiger Referent des Verfassungsgerichtshofes. Zahlreiche Veröffentlichungen auf den Gebieten des Sozialversicherungsrechts, der Gerichtsbarkeit des Öffentlichen Rechts und der Grundrechte.

Dr. **Walter J. Pfeil**, Studium der Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften, Universitätsprofessor für Arbeitsrecht und Sozialrecht am Fachbereich Arbeits- und Wirtschaftsrecht sowie im WissensNetzwerk Recht, Wirtschaft und Arbeitswelt der Universität Salzburg, seit 1. 10. 2022 im Ruhestand; Forschungs-, Lehr- und Vortragstätigkeit in allen Bereichen des Arbeits- und Sozialrechts einschließlich benachbarter Gebiete; langjährige Arbeitsschwerpunkte ua im Recht der Arbeitslosenversicherung sowie der Mindestsicherung; Beratungstätigkeiten insbesondere für Ministerien, Landesregierungen, Sozialversicherungsträger und die Europäische Kommission.

SC Mag. **Roland Sauer**, Studium der Rechtswissenschaften in Wien, Berufungssachbearbeiter im BMI im Asylverfahren, seit 1991 im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, ua Abteilungsleiter für Arbeitsmarktrecht und Arbeitslosenversicherung, seit 2010 Leiter der Sektion Arbeitsmarkt, nun im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft.

Dr. **Felix Schörghofer**, Studium der Rechtswissenschaften in Wien und Paris, danach Universitätsassistent am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien, im Anschluss

Rechtsanwaltsanwärter und Rechtsanwaltsprüfung; seit 2018 Tätigkeit im Dachverband der Sozialversicherungsträger, Leiter der Abteilung für Rechts-, Leistungs-, Versicherungs- und Beitragswesen.

MMag. Dr. **Birgit Schrattbauer**, Studium der Rechtswissenschaften, Pädagogik und Deutsche Philologie, Universitätsassistentin am Fachbereich Arbeits- und Wirtschaftsrecht sowie am WissensNetzwerk Recht, Wirtschaft und Arbeitswelt der Paris-Lodron-Universität Salzburg.

Mag. **Sabine Tiringer**, seit 1983 im Arbeitsmarktservice im Bereich Arbeitslosenversicherung tätig. Seit 2012 Mitarbeiterin der Rechtsabteilung in der Landesgeschäftsstelle Wien. Berufsbegleitend das Studium der Rechtswissenschaften an der Johannes Kepler Universität Linz im Jahr 2017 abgeschlossen. Seit 2019 stellvertretende Abteilungsleiterin der Rechtsabteilung des AMS Wien.

Abkürzungsverzeichnis

aA	=	anderer Ansicht
AA	=	Abänderungsantrag
AB	=	a) Ausschussbericht
	=	b) Augsburger Bekenntnis (Lutherische Kirche)
AbgÄG	=	Abgabenänderungsgesetz, BGBl 1975/636
ABGB	=	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, JGS 1811/946
Abk	=	Abkommen
abl	=	ablehnend
Abs	=	Absatz/Absätze
ABVO	=	Arbeitsbescheinigungsverordnung, BGBl 1996/301
aE	=	am Ende
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	=	alte Fassung
AFS	=	Zeitschrift für Abgaben-, Finanz- und Steuerrecht
AG	=	a) Aktiengesellschaft/en
	=	b) Arbeitgeber/in, -innen
AGVO	=	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AHG	=	Amtshaftungsgesetz, BGBl 1949/20
AK	=	Arbeiterkammer/n
AKG	=	Arbeiterkammergesetz, BGBl 1991/626
AktG	=	Aktiengesetz, BGBl 1965/98
AKVG	=	Allgemeines Krankenversicherungsgesetz 1929
AlG	=	Arbeitslosengeld
AlV	=	Arbeitslosenversicherung
AlVG	=	Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl 1977/609
aM	=	anderer Meinung
AMFG	=	Arbeitsmarktförderungsgesetz, BGBl 1969/31
AMPFG	=	Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl 1994/315
AMS	=	Arbeitsmarktservice
AMSG	=	Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl 1994/313
AMSprV	=	Arbeitsmarktsprengelverordnung, BGBl 1994/928
AN	=	Arbeitnehmer/in, -innen
AngG	=	Angestelltengesetz, BGBl 1921/292
AngVG	=	Angestelltenversicherungsgesetz 1928
Anm	=	Anmerkung/en
AnwBl	=	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	=	(ehem) Ausgleichsordnung
ApG	=	Apothekengesetz, RGrBl 1907/5
APG	=	Allgemeines Pensionsgesetz, BGBl 2004/142
ApKG	=	Apothekerkammergesetz, BGBl I 2001/111
APSG	=	Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl 1991/683
ARÄG	=	Arbeitsrechtsänderungsgesetz
Arb	=	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen der Gerichte und Einigungsämter

Abkürzungsverzeichnis

ArbAbfG	=	Arbeiter-Abfertigungsgesetz, BGBl 1979/107
ArbIG	=	Arbeitsinspektionsgesetz, BGBl 1993/27
ArbVG	=	Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl 1974/22
ARD	=	Aktuelles Recht zum Dienstverhältnis (Zeitschrift)
ARG	=	Arbeitsruhegesetz, BGBl 1983/144
arg	=	argumento (folgt aus)
Art	=	Artikel
ARÜG	=	Auslandsrenten-Übernahmegesetz, BGBl 1961/290
ASchG	=	ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, BGBl 1994/450
ASG	=	Arbeits- und Sozialgericht/e
ASGG	=	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, BGBl 1985/104
ASoK	=	Arbeits- und Sozialrechtskartei (Zeitschrift)
ASRÄG	=	Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetz
AStN	=	Aktuelle Steuer News
ASVG	=	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1955/189
ATC	=	Anatomisch-Therapeutisch-Chemisches Klassifikationssystem
ATS	=	Schilling
Aufl	=	Auflage
AÜG	=	Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, BGBl 1988/196
AuslBG	=	Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl 1975/218
AußStrG	=	Außerstreitgesetz, BGBl I 2003/111
AUVA	=	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
AUVG	=	Allgemeines Unfallversicherungsgesetz
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz, BGBl 1991/51
AVOG	=	Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl I 2010/9
AVRAG	=	Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, BGBl 1993/459
AWEG	=	Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl I 2010/79
AWG	=	Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl I 2002/102
AZG	=	Arbeitszeitgesetz, BGBl 1969/461
AZV	=	AIVG-Auszahlungsverordnung, BGBl II 1999/470
BAG	=	Berufsausbildungsgesetz, BGBl 1969/142
	=	(deutsches) Bundesarbeitsgericht
BAO	=	Bundesabgabenordnung, BGBl 1961/194
BauKG	=	Bauarbeitenkoordinationsgesetz, BGBl I 1999/37
BauSlg	=	Baurechtssammlung
BBG	=	Bundesbehindertengesetz, BGBl 1990/283
bbl	=	Baurechtliche Blätter (Zeitschrift)
BB-PG	=	Bundesbahn-Pensionsgesetz, BGBl I 2001/86
Bd	=	Band/Bände
BDG	=	Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl 1979/333
BEinstG	=	Behinderteneinstellungsgesetz, BGBl 1970/22
BergG	=	Berggesetz 1975 BGBl 1975/259
BezBegrBVG	=	Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl I 1997/64
BFG	=	Bundesfinanzgericht
BG	=	Bezirksgericht/e
	=	Bundesgesetz
BGB	=	(deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch 1896
BGBI	=	Bundesgesetzblatt

XVI

Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer, AIV-Komm, Titlei (2. Ausgabe)

Bgl	= Burgenland, burgenländisch
BHG	= Betriebshilfegesetz, BGBl 1982/359
BHV	= Bundeshaushaltsverordnung 2013, BGBl II 2010/266
BKA-VD	= Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts
BKK	= Betriebskrankenkasse/n
B-KUVG	= Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl 1967/200
Blg	= Beilage/n
BlgAH	= Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordneten- hauses des Reichsrates
BlgNR	= Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	= Bundesminister/in/Bundesministerium
BMAGS	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (bis 2000)
BMAS	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (bis 1997) bzw Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (bis 2000)
BMASK	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMAW	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
BMF	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Finanzen
BMG	= a) Bundesminister/in/Bundesministerium für Gesundheit b) Bundesministeriengesetz, BGBl 1986/76
BMGF	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
BMI	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Inneres
BMJ	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Justiz
BMSG	= Bundesminister/in/Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (bis 2003)
BMSGPK	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
BMsV	= Bundesminister/in/Bundesministerium für soziale Verwaltung (bis 1987)
BMSVG	= Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, BGBl I 2002/100
BMVIT	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMW	= Bundesminister/in/Bundesministerium für wirtschaftliche Angele- genheiten
BMWA	= Bundesminister/in/Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BPGG	= Bundespflegegeldgesetz, BGBl 1993/110
BR	= Betriebsrat, -räte
BRBG	= Bundesrechtsvereinigungsgesetz, BGBl I 1999/191
BRD	= Bundesrepublik Deutschland
BReg	= Bundesregierung
BSchEG	= Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz, BGBl 1957/129
BSG	= Bundessozialgericht
BSGE	= Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSK	= Bundesschiedskommission
Bsp	= Beispiel/e
bspw	= beispielsweise
BSVG	= Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1978/559

Abkürzungsverzeichnis

BThPG	=	Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl 1958/159
BTVG	=	Bauträgervertragsgesetz, BGBl I 1997/7
BUAG	=	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, BGBl 1972/414
BUAK	=	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
BUP	=	Berufsunfähigkeitspension/en
BVA	=	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (nunmehr BVAEB)
BVAEB	=	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
BVergG	=	Bundesvergabegesetz, BGBl I 2006/17
BVG	=	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	=	Bundes-Verfassungsgesetz, BGBl 1930/1
BVwG	=	Bundesverwaltungsgericht
BVwGG	=	Bundesverwaltungsgerichtsgesetz, BGBl I 2013/10
BVwG-EV	=	BVwG-Entschädigungsverordnung, BGBl II 2013/516
bzw	=	beziehungsweise
ca	=	cirka
CERN	=	Europäische Organisation für Kernforschung
CIC	=	Codex Iuris Canonici
DAG	=	Dienstgeberabgabengesetz, BGBl I 2003/28
Dako	=	Datenschutz konkret
DG	=	Dienstgeber/in, -innen
DGNR	=	Dienstgeberkontonummer
dh	=	das heißt
DHG	=	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, BGBl 1965/80
DLSG	=	Dienstleistungsscheckgesetz, BGBl I 2005/45
DLU	=	Deckung des Lebensunterhalts
DN	=	Dienstnehmer/in, -innen
DO	=	Dienstordnung
DRdA	=	Das Recht der Arbeit (Zeitschrift)
DRdA-infas	=	Aktuelle Informationen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
dRGBl	=	(deutsches) Reichsgesetzblatt
DSG	=	Datenschutzgesetz, BGBl I 1999/165
DSK	=	Datenschutzkommission
DV	=	Dienstvertrag/Dienstverträge
DVerh	=	Dienstverhältnis/se
dzt	=	derzeit
E	=	Entscheidung/en
EAnm	=	Entscheidungsanmerkung
eAUM	=	elektronische Arbeitsunfähigkeitsmeldung
eAMS	=	persönlicher Zugang zum AMS per Internet
EB	=	Erläuternde Bemerkungen
ecolex	=	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
ECTS	=	European Credit Transfer System (einheitliche Maßeinheit für Studienleistungen)
EF	=	Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen
EF-Z	=	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EFZG	=	Entgeltfortzahlungsgesetz, BGBl 1974/399

EG	= Europäische Gemeinschaft/en
EGC	= Europäische Grundrechtecharta
EGMR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGN	= Euro-Gerichtsgebühren-Novelle, BGBl I 2001/131
E-GovG	= E-Government-Gesetz, BGBl I 2004/10
EGV	= Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EGVG	= Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen, BGBl I 2008/87
EheG	= Ehegesetz, dRGBI I S 807/1938
EinstV	= Einstufungsverordnung zum Bundespflegegeldgesetz, BGBl II 1999/37
EintrV	= Verordnung über den Vorgang bei der Eintreibung von Geldleistungen im Verwaltungsvollstreckungsverfahren, BGBl 1949/159
EK	= Elternkarenz
EKEG	= Eigenkapitalersatz-Gesetz, BGBl I 2003/92
EKHG	= Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz, BGBl 1959/48
EKMR	= Europäische Kommission für Menschenrechte
EKO	= Erstattungskodex
EKUG	= Eltern-Karenzurlaubsgesetz (nunmehr: VKG)
EKVK	= Europäische Krankenversicherungskarte
ELDA	= Elektronischer Datenaustausch
ELGA	= Elektronische Gesundheitsakte
ELSY	= Elektronisches Verwaltungssystem
EMRK	= Europäische Menschenrechtskonvention
EO	= Exekutionsordnung, RGrBl 1896/79
EPG	= Eingetragene Partnerschaft-Gesetz, BGBl I 2009/135
EPU	= Ein-Personen-Unternehmen
ErgLfg	= Ergänzungslieferung
Erk	= Erkenntnis/se
Erl	= Erläuterung/en
ErläutRV	= Erläuterungen zur Regierungsvorlage
EstG	= Einkommensteuergesetz, BGBl 1988/400
etc	= et cetera
EU	= Europäische Union
EUB-SVG	= EU-Beamten-Sozialversicherungsgesetz, BGBl I 1999/7
EuGH	= Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	= Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I-Verordnung)
ev	= eventuell
EV	= Einzelvertrag/Einzelverträge
EvBl	= Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	= Europäischer Wirtschaftsraum
f	= und der, die folgende
FAG	= Finanzausgleichsgesetz, BGBl 1988/687
FamRZ	= Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff	= und der, die folgenden
FJ	= Finanzjournal (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

FLAG	= Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl 1967/376
FN	= Fußnote/n
FPG	= Fremdenpolizeigesetz, BGBl I 2005/100
FreiwG	= Freiwilligengesetz, BGBl I 2012/17
FS	= Festschrift
FSVG	= Freiberufliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1978/624
F-VG	= Finanzverfassungsgesetz, BGBl 1948/45
G	= Gesetz/e
GAFB	= Gesetz über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer, BGBl I 1998/30
GBP	= Gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt
GdZ	= Österreichische Gemeindezeitung (nunmehr ÖGZ)
GebG	= Gebührengesetz, BGBl 1957/267
GehG	= Gehaltsgesetz, BGBl 1956/5
GehKG	= Gehaltskassengesetz, BGBl I 2001/154
gem	= gemäß
GeO	= Geschäftsordnung
GeS	= Zeitschrift für Gesellschafts- und Steuerrecht
GesBR	= Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesRZ	= Der Gesellschafter (Zeitschrift)
GewO	= Gewerbeordnung, BGBl 1994/194
ggf	= gegebenenfalls
GGG	= Gerichtsgebührengesetz, BGBl 1984/501
ggt	= gegenteilig/e, -er
GKK	= Gebietskrankenkasse/n (nunmehr ÖGK)
GmbH	= Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	= Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, RGBl 1906/58
GO	= Geschäftsordnung
GOG	= Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl 1896/217
GP	= Gesetzgebungsperiode
GPLA	= Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben
GRC	= Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. 12. 2000, ABl C 2000/354, 1
grds	= grundsätzlich
GrEStG	= Grunderwerbsteuergesetz, BGBl 1987/309
GS	= Gedächtnisschrift
GSBG	= Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, BGBl 1996/746
GSPVG	= Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl 1957/291
GSVG	= Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1978/560
GTelG	= Gesundheitstelematikgesetz, BGBl I 2012/111
GuKG	= Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl I 1997/108
GV	= Gesamtvertrag/Gesamtverträge
GVBG	= Gemeindevertragsbedienstetengesetz
HaRÄG	= Handelsrechts-Änderungsgesetz, BGBl I 2005/120
HB	= Helvetisches Bekenntnis (Reformierte Kirche)
HBeG	= Hausbetreuungsgesetz, BGBl I 2007/33
HebG	= Hebammengesetz, BGBl 1994/310

XX

Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer, AIV-Komm, Titlei (2. Ausgabe)

HeimArbG	=	Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl 1961/105
HEK	=	Heilmittel-Evaluierungskommission
HFU-Liste	=	Liste der haftungsfreistellenden Unternehmen
HGG	=	Heeresgebiührengesetz 2001, BGBl I 2001/31
HGHAngG	=	Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl 1962/235
hL	=	herrschende Lehre
hM	=	herrschende Meinung
Hrsg	=	Herausgeber/in, -innen
HS	=	a) Halbsatz
	=	b) Handelsrechtliche Entscheidungen
HV	=	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (nunmehr Dachverband)
HVG	=	Heeresversorgungsgesetz, BGBl 1964/27
IA	=	Initiativantrag
IAEO	=	Internationale Atomenergie-Organisation
IAO	=	Internationale Arbeitsorganisation
ICD	=	International Classification of Diseases
ICF	=	International Classification of Functioning, Disability and Health
ICMPD	=	International Centre for Migration Policy Development
idF	=	in der Fassung
idgF	=	in der geltenden Fassung
idR	=	in der Regel
idS	=	in diesem Sinn
ieS	=	im engeren Sinn
IESG	=	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl 1977/324
iFamZ	=	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht
IHS	=	Institut für Höhere Studien
iHv	=	in Höhe von
Ind	=	Die Industrie, Sonderbeilage Sozialpolitik und Arbeitsrecht
infas	=	Informationen aus dem Arbeits- und Sozialrecht
insb	=	insbesondere
IO	=	Insolvenzordnung, RGrBl 1914/337
IP	=	Invaliditätspension/en
IPR	=	Internationales Privatrecht
iS	=	im Sinn
iSd	=	im Sinne des/der
iSe	=	im Sinne eines/einer
iSv	=	im Sinne von
IT	=	Information Technology
IVF	=	In-Vitro-Fertilisation
IVF-Fonds-G	=	BG mit dem ein Fonds zur Finanzierung der In-vitro-Fertilisation eingerichtet wird, BGBl I 1999/180
iVm	=	in Verbindung mit
iwS	=	im weiteren Sinn
iZm	=	in Zusammenhang mit
JASG	=	Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz, BGBl I 1998/91
JBl	=	Juristische Blätter
JN	=	Jurisdiktionsnorm, RGrBl 1895/111

Abkürzungsverzeichnis

jP	=	juristische Person/en
JSt	=	Journal für Strafrecht
Jud	=	Judikatur
JuS	=	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JUS	=	Jus-Extra, Beilage zur Wiener Zeitung
JusGuide	=	JusGuide
jusIT	=	Fachzeitschrift für Rechtsinformation, Datenschutz und IT-Recht
KA	=	Krankenanstalt/en
KAG	=	(Landes-)Krankenanstaltengesetz
KAKuG	=	Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl 1957/1
KBG	=	Kinderbetreuungsgeld
KBGG	=	Kinderbetreuungsgeldgesetz, BGBl I 2001/103
Kdm	=	Kundmachung
KFA	=	Krankenfürsorgeanstalt/en
KFG	=	Kraftfahrergesetz, BGBl 1967/267
Kfz	=	Kraftfahrzeug/e
KG	=	Kommanditgesellschaft
KGG	=	Karenzgeldgesetz, BGBl I 1997/47
KindNamRÄG	=	Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz, BGBl I 2013/15
KJBG	=	Gesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl 1987/599
Kl	=	Kläger/in, -innen
KO	=	Konkursordnung, RGrBl 1914/337 (mit BGBl I 2010/29 in Insolvenzordnung umbenannt)
kollv	=	kollektivvertraglich(. . .)
KollV	=	Kollektivvertrag/Kollektivverträge
kollv-	=	kollektivvertrags-
KommStG	=	Kommunalsteuergesetz, BGBl 1993/819
KOVG	=	Kriegsopferversorgungsgesetz, BGBl 1957/152
KRAZAF	=	Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds
krit	=	kritisch
KSE-BVG	=	Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl I 1997/38
KSUG	=	Kohlenbergbau-Sonderunterstützungsgesetz
Ktn	=	Kärnten, Kärntner
KUG	=	Karenzurlaubsgeldgesetz (aufgehoben)
KV	=	Krankenversicherung
KVTr	=	Krankenversicherungsträger
LAG	=	Landarbeitsgesetz, BGBl 1984/287
LBK	=	Landesberufungskommission/en
leg cit	=	legis citatae (der zitierten Vorschrift)
LFBA	=	Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz
lfd	=	laufend/e, -er
Lfg	=	Lieferung
LG	=	Landesgericht
LGZ	=	Landesgericht für Zivilrechtssachen
LH	=	Landeshauptmann/Landeshauptfrau/Landeshauptleute

XXII

Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer, AIV-Komm, Titlei (2. Ausgabe)

lit	=	litera (Buchstabe)
Lit	=	Literatur
LKF	=	leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung
LLDG	=	Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl 1985/296
LPGG	=	Landespflegegeldgesetz(e) (aufgehoben)
LReg	=	Landesregierung/en
LVwG	=	Landesverwaltungsgericht
LZVG	=	Landwirtschaftliches Zuschussrentenversicherungsgesetz, BGBl 1957/293
ma	=	meiner Ansicht
MABG	=	Medizinische Assistenzberufe-Gesetz, BGBl I 2012/89
maW	=	mit anderen Worten
max	=	maximal
MdE	=	Minderung der Erwerbsfähigkeit
ME	=	Ministerialentwurf
mE	=	meines Erachtens
MGO	=	Mustergeschäftsordnung
MGV	=	Mustergesamtvertrag
mH	=	mit Hinweis/en
MietSlg	=	Sammlung mietrechtlicher Entscheidungen
mind	=	mindestens
MinroG	=	Mineralrohstoffgesetz, BGBl I 1999/38
MR	=	Medien und Recht
MSchG	=	Mutterschutzgesetz 1979, BGBl 1979/221
MSG	=	Mindestsicherungsgesetz
MTD-G	=	BG über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl 1992/460
MTF-SHD-G	=	BG über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste, BGBl 1961/102
mwH	=	mit weiteren Hinweisen
mwN	=	mit weiteren Nachweisen
NAG	=	Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, BGBl I 2005/100
NamRÄG	=	Namensrechtsänderungsgesetz, BGBl 1995/25
NF	=	Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes, Neue Folge, Administrativrechtlicher Teil
NH	=	Notstandshilfe
NHV	=	Notstandshilfeverordnung, BGBl 1973/352 (aufgehoben)
NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift
nö, NÖ	=	niederösterreichisch(e), Niederösterreich
NÖ DPL	=	Niederösterreichische Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972
Nov	=	Novelle/n
NOVA	=	Normverbrauchsabgabe
Nr	=	Nummer/n
NR	=	Nationalrat
NRWO	=	Nationalrats-Wahlordnung, BGBl 1992/471
NS	=	Nationalsozialismus
NSchG	=	Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz, BGBl 1992/473

Abkürzungsverzeichnis

NVG	=	Notarversicherungsgesetz, BGBl 1972/66 (nunmehr Notarversorgungsgesetz)
NZ	=	Österreichische Notariats-Zeitung
NZA	=	(deutsche) Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
ÖA	=	Der Österreichische Amtsvormund (Zeitschrift)
oa	=	oben angeführt/e, -en
oÄ	=	oder Ähnliche(s)
ÖBB	=	Österreichische Bundesbahnen
ÖBIG	=	Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen
ÖBl	=	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
ÖFG	=	Opferfürsorgegesetz, BGBl 1947/183
OG	=	Offene Gesellschaft
ÖGB	=	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖGK	=	Österreichische Gesundheitskasse
OGH	=	Oberster Gerichtshof
OGHG	=	Bundesgesetz über den Obersten Gerichtshof, BGBl 1968/328
ÖH	=	Österreichische HochschülerInnenschaft
ÖJT	=	Österreichischer Juristentag
ÖJZ	=	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	=	Oberlandesgericht/e
oö, OÖ	=	oberösterreichisch(e), Oberösterreich
OPEC	=	Organization of Petroleum Exporting Countries (Organisation der erdölexportierenden Länder)
OrgHG	=	Organhaftpflichtgesetz, BGBl 1967/181
ÖSG	=	Österreichischer Strukturplan Gesundheit
österr	=	österreichisch, -e, -er, -es
ÖStZ	=	Österreichische Steuer-Zeitung
ÖStZB	=	Die finanzrechtlichen Erkenntnisse des VwGH und des VfGH, Beilage zur Österreichischen Steuer-Zeitung
OTPG	=	Organtransplantationsgesetz, BGBl I 2012/108
ÖVBl	=	Österreichisches Verwaltungsblatt
ÖZG	=	Öffnungszeitengesetz, BGBl I 2003/48
ÖZK	=	Zeitschrift für Kartell- & Wettbewerbsrecht
ÖZPR	=	Österreichische Zeitschrift für Pfl egerecht
PAG	=	Pensionsanpassungsgesetz, BGBl 1965/96
PG	=	Pensionsgesetz, BGBl 1965/340
Pkt	=	Punkt
PRIKRAF	=	Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds
PStG	=	Personenstandsgesetz, BGBl 1983/60
PTA	=	Post und Telekom Austria AG
PV	=	Pensionsversicherung
PVA	=	Pensionsversicherungsanstalt
PVAng	=	Pensionsversicherungsanstalt für Angestellte
PVArb	=	Pensionsversicherungsanstalt für Arbeiter
PVG	=	Bundes-Personalvertretungsgesetz, BGBl 1967/133
PVInfo	=	Fachzeitschrift für Personalverrechnung
PVTr	=	Pensionsversicherungsträger

XXIV

Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer, AIV-Komm, Titlei (2. Ausgabe)

RdM	=	Recht der Medizin (Zeitschrift)
RdW	=	Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
RdNr	=	Randnummer/n
RdU	=	Recht der Umwelt
Reha	=	Rehabilitation
RGBl	=	Reichsgesetzblatt
RHG	=	Rechnungshofgesetz, BGBl 1948/144
RL	=	Richtlinie/n (EU)
RMDFÜ	=	Richtlinien über Ausnahmen von der Meldungserstattung mittels Datenfernübertragung
Rn	=	Randnummer/n
RöK	=	Richtlinien über die Berücksichtigung ökonomischer Grundsätze bei der Krankenbehandlung
RöV	=	Richtlinien über die ökonomische Verschreibweise von Heilmitteln und Heilbehelfen
RPA	=	Zeitschrift für Vergaberecht
RRGeb	=	Richtlinien für den Ersatz der Reise- und Aufenthaltskosten für die Mitglieder der Verwaltungskörper der Sozialversicherungsträger und des Hauptverbandes 2005
RRK	=	Richtlinien für Rehabilitation und Gesundheitsvorsorge
Rs	=	Rechtssache/n
RSG	=	Regionaler Strukturplan Gesundheit
Rsp	=	Rechtsprechung
RStDG	=	Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, BGBl 1961/305
RV	=	Regierungsvorlage
RVO	=	(deutsche) Reichsversicherungsordnung
Rz	=	Randzahl/en
RZ	=	Österreichische Richterzeitung
RZSV 2005	=	Richtlinien für die einheitliche Anwendung der VO der EG und der zwischenstaatlichen Abkommen im Bereich der sozialen Sicherheit
S	=	a) Seite/n
	=	b) Schilling
s	=	siehe
Sbg	=	Salzburg, Salzburger
SchG	=	Schiedsgericht/e
SchOG	=	Schulorganisationsgesetz, BGBl 1962/242
SchUG	=	Schulunterrichtsgesetz, BGBl 1986/472
sE	=	seines Erachtens
Sess	=	Session
SGb	=	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	=	(deutsches) Sozialgesetzbuch
SGV	=	Sozialgerichtsverband
SHG	=	Sozialhilfegesetz/e
SHTTr	=	Sozialhilfeträger
Slg	=	Sammlung
SMG	=	Suchtmittelgesetz, BGBl I 1997/112
SÖB	=	Sozialökonomischer Betrieb
sog	=	sogenannte/r, -s
SozM	=	Sozialrechtliche Mitteilungen der Arbeiterkammer Wien im Leistungsverstreitverfahren zweiter Instanz der Sozialversicherung

Abkürzungsverzeichnis

SozSi	= Soziale Sicherheit (Zeitschrift für Sozialversicherung)
SozV	= Die Sozialversicherung (Zeitschrift)
SRÄG	= Sozialrechts-Änderungsgesetz
SSV	= Entscheidungen des Oberlandesgerichtes Wien
SSV-NF	= Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes in Sozialrechtssachen
StEG	= Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl I 2004/125
StF	= Stammfassung
StenProt	= Stenographische Protokolle des Nationalrats
StGB	= Strafgesetzbuch, BGBl 1974/60
StGBI	= Staatsgesetzblatt
StGG	= Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, RGBl 1867/142
Stmk	= Steiermark, Steiermärkisch
StPO	= Strafprozessordnung, BGBl 1975/631
str	= strittig
stRsp	= ständige Rechtsprechung
StudFG	= Studienförderungsgesetz 1992, BGBl 1992/305
StVO	= Straßenverkehrsordnung, BGBl 1960/159
StVG	= Strafvollzugsgesetz, BGBl 1969/144
sublit	= sublittera (Unterbuchstabe)
SUG	= Sonderunterstützungsgesetz, BGBl 1973/642
SV	= Sozialversicherung
SVA	= Sozialversicherungsanstalt/en
	= Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (nunmehr SVS)
SVÄG	= Sozialversicherungs-Änderungsgesetz
SVB	= Sozialversicherungsanstalt der Bauern (nunmehr SVS)
SV-DSV	= Datenschutzverordnung für die gesetzliche Sozialversicherung
SV-EG	= Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz, BGBl 1994/154
SVTr	= Sozialversicherungsträger
SVSlg	= Sozialversicherungsrechtliche Entscheidungen
SVS	= Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen
SV-ÜG	= Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz 1947, BGBl 1947/142, bzw Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz 1953, BGBl 1953/99
SWK	= Österreichische Steuer- und Wirtschaftskartei
SZ	= Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- (und Justizverwaltungs-)sachen
TAG	= Theaterarbeitsgesetz, BGBl I 2010/100
taxlex	= Zeitschrift für Steuer und Beratung
Tir	= Tirol, Tiroler
TubG	= Tuberkulosegesetz, BGBl 1968/127
ua	= unter anderem/und andere
uam	= und andere mehr
udgl	= und dergleichen
uE	= unseres Erachtens
UG	= Universitätsgesetz 2002, BGBl I 2002/120
UGB	= Unternehmensgesetzbuch, dRGBl S 219/1897
ÜHG	= Überbrückungshilfengesetz, BGBl 1963/174
UHK	= Unabhängige Heilmittelkommission
UN	= United Nations (Vereinte Nationen)

XXVI

Pfeil/Auer-Mayer/Schrattbauer, AIV-Komm, Titlei (2. Ausgabe)

UNIDO	= United Nations Industrial Development Organization (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung)
UNO	= United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
unzutr	= unzutreffend
UrlG	= Urlaubsgesetz, BGBl 1976/390
USt	= Umsatzsteuer
UStG	= Umsatzsteuergesetz, BGBl 1994/663
usw	= und so weiter
uU	= unter Umständen
UV	= Unfallversicherung
UVA	= Unfallversicherungsanstalt
uva	= und viele andere
UVG	= Unterhaltsvorschussgesetz, BGBl 1985/451
UVS	= Unabhängiger Verwaltungssenat
UVS-G	= Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat (Niederösterreich)
UVTr	= Unfallversicherungsträger
V	= Verordnung/en (national)
VA	= Versicherungsanstalt/en
va	= vor allem
VAB	= Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus (nunmehr BVAEB)
VAE	= Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (nunmehr BVAEB)
VAEB	= Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (nunmehr BVAEB)
VBG	= Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl 1948/86
Vbg	= Vorarlberg, Vorarlberger
VBO	= Vertragsbedienstetenordnung
VerbVG	= Verbandsverantwortlichkeitsgesetz, BGBl I 2005/151
VersR	= Versicherungsrecht
VersRdSch	= Versicherungsrundschau (Zeitschrift)
VersVG	= Versicherungsvertragsgesetz, BGBl 1959/2
VfGH	= Verfassungsgerichtshof
VfGG	= Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl 1953/85
VfSlg	= Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	= vergleiche
vH	= vom Hundert
VKG	= Väter-Karenzgesetz, BGBl 1989/651
Vlbg	= Vorarlberg
VO	= Verordnung/en (EU)
VöE	= Pensionsinstitut für Verkehr und öffentliche Einrichtungen
VO-EKO	= Verfahrensordnung zur Herausgabe des Erstattungskodex
Vorbem	= Vorbemerkung/en
VPI	= Verbraucherpreisindex
VR	= Die Versicherungsrundschau, Fachzeitschrift für Sozial- und Vertragsversicherung
VStG	= Verwaltungsstrafgesetz, BGBl 1991/52
VTr	= Versicherungsträger
VVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz, BGBl 1991/53

Abkürzungsverzeichnis

VwGG	=	Verwaltungsgerichtshofgesetz, BGBl 1985/10
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwGVG	=	Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz, BGBl II 2013/33
VwSlg	=	Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes
wbl	=	wirtschaftsrechtliche blätter
WG	=	Wehrgesetz 2001, BGBl I 2001/146
WHO	=	World Health Organization
WK	=	Wirtschaftskammer
WKG	=	Wirtschaftskammergesetz, BGBl I 1998/103
WKO	=	Wirtschaftskammer Österreich
Wr	=	Wiener
WTBG	=	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz, BGBl I 1999/58
WV	=	Wiederverlautbarung
Z	=	Ziffer/n
ZÄG	=	Zahnärztegesetz, BGBl I 2005/126
Zak	=	Zivilrecht aktuell (Zeitschrift)
ZAS	=	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht
ZASB	=	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht, Judikaturbeilage
zB	=	zum Beispiel
ZBR	=	Zentralbetriebsrat
ZDG	=	Zivildienstgesetz, BGBl 1986/679
ZESAR	=	(deutsche) Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZFR	=	Zeitschrift für Finanzmarktrecht
ZfS	=	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung
ZfV	=	Zeitschrift für Verwaltung
ZfVB	=	Die administrativrechtlichen Entscheidungen des VwGH und die verwaltungsrechtlich relevanten Entscheidungen des VfGH in lückenloser Folge (Beilage zur ZfV)
ZMR	=	Zentrales Melderegister
ZÖR	=	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPEMRK	=	Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention
ZPO	=	Zivilprozessordnung, RGBl 1895/113
zT	=	zum Teil
zust	=	zustimmend
ZustG	=	Zustellgesetz, BGBl 1982/200
zutr	=	zutreffend
zuvo	=	Zukunftsvorsorge aktuell (Zeitschrift)
ZVG	=	Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit
ZVR	=	Zeitschrift für Verkehrsrecht

Abgekürzt zitierte Literatur

- Auer-Mayer/Burgstaller/Preyer* (Hrsg), Kommentar zum Angestelltengesetz (Faszikelwerk, ab 35. Lfg 2022) – *BearbeiterIn* in *Auer-Mayer/G. Burgstaller/Preyer*, AngG ... Lfg [Paragraf Randziffer]
- Binder*, Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, 3. Aufl (2016) – *Binder*, AVRAG³ [Paragraf Randziffer]
- Brodil/Windisch-Graetz*, Sozialrecht in Grundzügen, 9. Aufl (2021) – *Brodil/Windisch-Graetz*, Sozialrecht⁹ [Seite]
- Fuchs/Janda* (Hrsg), Europäisches Sozialrecht⁸ (2022) – *BearbeiterIn* in *Fuchs/Janda* [Artikel Rechtsgrundlage Rz]
- Gerhartl*, Arbeitslosenversicherungsgesetz Kommentar (2008) – *Gerhartl*, AlVG [Paragraf Randziffer]
- Hengstschläger/Leeb*, Verwaltungsverfahrenrecht⁶ (2018) – *Hengstschläger/Leeb*, Verwaltungsverfahrenrecht⁶ [Randziffer]
- Kneih/Lienbacher*, Rill-Schäffer-Kommentar B-VG (Loseblatt-Slg ab 2001) – *BearbeiterIn* in *Kneih/Lienbacher*, Rill-Schäffer-Kommentar (... Lfg), [Artikel Rechtsgrundlage Randziffer]
- Krapf/Keul*, Arbeitslosenversicherungsgesetz Praxiskommentar Loseblatt-Slg ab 2005) – *Krapf/Keul*, AlVG ... Lfg [Paragraf Randziffer]
- Krautgartner/Sdoutz/Seitz/Zechner*, Arbeitslosenversicherungsgesetz Praxiskommentar (Loseblatt-Slg, ab 19. Lfg 2022) – *Krautgartner/Sdoutz/Seitz/Zechner*, AlVG ... Lfg [Paragraf Randziffer]
- Löschnigg*, Arbeitsrecht, 13. Aufl (2017) – *Löschnigg*, AR¹³ [Randziffer]
- Marhold/Burgstaller/Preyer* (Hrsg), Kommentar zum Angestelltengesetz (Faszikelwerk ab 2005) – *BearbeiterIn* in *Marhold/Burgstaller/Preyer*, AngG ... Lfg [Paragraf Randziffer]
- Mosler/Müller/Pfeil* (Hrsg), Der SV-Komm (Faszikelwerk ab 2013) – *BearbeiterIn* in SV-Komm ... Lfg [Paragraf Gesetz Randziffer]
- Neumayr/Reissner* (Hrsg), Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht, 3. Aufl (2018) – *BearbeiterIn* in ZellKomm³ [Paragraf Gesetz Randziffer]
- Pacic/Pöltner*, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) (Loseblatt-Slg ab 137. Lfg 2019) – *Pacic/Pöltner*, ASVG ... Lfg [Paragraf Anmerkung]
- Pfeil*, Arbeitslosenversicherungsgesetz (Loseblatt-Slg ab 1996) – *Pfeil*, AlVG ... Lfg [Paragraf Anmerkung] oder [Seite]
- Pfeil/Auer-Mayer*, Österreichisches Sozialrecht, 13. Aufl (2021) – *Pfeil/Auer-Mayer*, Sozialrecht¹³ [Seite]
- Pfeil/Wöss* (Hrsg), Bedarfsorientierte Mindestsicherung (ab 2011) – *BearbeiterIn* in *Pfeil/Wöss* [Seite]
- Resch*, Sozialrecht, 8. Aufl (2020) – *Resch*, Sozialrecht⁸ [Seite]

Abgekürzt zitierte Literatur

- Schwimann/Kodek*, Praxiskommentar zum ABGB samt Nebengesetzen, 5. Aufl, Band I (2018), 4. Aufl, Band Ia (2013), 5. Aufl, Band II (2020), Band III (2020), Band IV (2018) – *BearbeiterIn* in *Schwimann/Kodek*, ABGB⁵ [Paragraf Gesetz Randziffer]
- Sonntag* (Hrsg), Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG, 13. Aufl (2022) – *BearbeiterIn* in *Sonntag*, ASVG¹³ [Paragraf Randziffer]
- Sonntag* (Hrsg), Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz & Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz – GSVG & SVSG, 11. Aufl (2022) – *BearbeiterIn* in *Sonntag*, GSVG/SVSG¹¹ [Paragraf Randziffer]
- Spiegel* (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht (Faszikelwerk ab 2012) – *BearbeiterIn* in *Spiegel* . . . Lfg [Artikel Rechtsgrundlage Randziffer]
- Teschner/Pöltner*, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) (Loseblatt-Slg ab 1956) – *Teschner/Pöltner*, ASVG . . . Lfg [Paragraf Anmerkung]
- Tomandl/Felten* (Hrsg), System des österreichischen Sozialversicherungsrechts (Loseblatt-Slg ab 1978) – *BearbeiterIn* in *Tomandl*, System . . . Lfg [Kapitel]

Einleitung

1. Zum Gegenstand des Kommentars

Gegenstand dieser Kommentierung ist das **Recht der Arbeitslosenversicherung**, die den vergleichsweise **jüngsten** Zweig der österreichischen Sozialversicherung darstellt. Die erste gesetzliche Regelung dieses Bereichs erfolgte durch das **Arbeitslosenversicherungsgesetz StGBI 1920/153**, das die 1918 unter *Ferdinand Hanusch* zur Bekämpfung der Not und des Elends nach dem Ersten Weltkrieg provisorisch etablierte Arbeitslosenfürsorge auf eine dauerhafte Grundlage stellen sollte. Der im Laufe der Ersten Republik erfolgte Ausbau dieses Systems wurde durch das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz BGBl 1935/107** gestoppt und teilweise rückgängig gemacht. Diese Neuregelung, die – gesetzestechnisch durchaus interessant – die Integration der Arbeitslosenversicherung in eine Kodifikation des Sozialversicherungsrechts brachte, war zum einen den dramatisch steigenden Arbeitslosenzahlen geschuldet, zum anderen aber auch vom autoritären Sozialpolitikverständnis des „Ständestaats“ geprägt.

Im Zuge der nationalsozialistischen Diktatur wurde im nach der Annexion von der Landkarte verschwundenen Österreich das **Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** (AVAVG, deutsches RGBl 1927 I 167) eingeführt. Angesichts der vom NS-Regime gesetzten „Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“¹ bis hin zu Kriegswirtschaft, Massenvernichtung und Krieg haben diese Regelungen, die eine weitgehende Abkehr vom Versicherungsprinzip beinhalteten, aber kaum praktische Bedeutung erlangt.

Mit der Errichtung der Zweiten Republik und dem **Arbeitslosenfürsorgegesetz BGBl 1946/97** wurden die Maßnahmen zur Bewältigung des Risikos Arbeitslosigkeit wieder auf eine versicherungsrechtliche Grundlage gestellt. Wie bereits der Name des Gesetzes sagt, waren dessen Leistungen aber (auch) von einer Gefährdung des Lebensunterhalts der Arbeitslosen durch die Arbeitslosigkeit abhängig. Diese Bedarfsprüfung wurde erst mit dem **Arbeitslosenversicherungsgesetz BGBl 1949/184** für das Arbeitslosengeld aufgegeben, für die Notstandshilfe, die gegebenenfalls im Anschluss daran beansprucht werden kann, gilt sie freilich bis heute. Zahlreiche Änderungen, die von Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum und dem damit einhergehenden Ausbau des Sozialsystems geprägt waren, machten die Regelungen auch unübersichtlich und zersplittert und führten in der Folge zur **Wiederverlautbarung** des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch **BGBl 1958/199**.

Ähnliche Entwicklungen haben dann die neuerliche Wiederverlautbarung durch **BGBl 1977/609** notwendig gemacht. Dieses **Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG)** ist auch heute noch die wesentlichste Rechtsgrundlage des Arbeitslosenversicherungsrechts.² Dazu kommen noch einige auf diesem Gesetz beruhende Verordnungen sowie andere untergesetzliche Rechtsquellen, die durchwegs in diesem Band abgedruckt sind (s auch unten 2.).

Bei den zuletzt genannten Rechtsquellen handelt es sich um Richtlinien, die vom AMS erlassen wurden. Dessen Organisation ist in einem eigenen Gesetz geregelt, wurde doch die

1 Vielen wird hier noch das – keineswegs zynisch gemeinte – Lob dieser „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ durch einen früheren Landeshauptmann in Erinnerung sein.

2 Im RIS sind Mitte April 2016 (ohne Berücksichtigung von Beitragsanpassungen oder der Kdm von Aufhebungen durch den VfGH) zumindest 125 Änderungen dieses Gesetzes ausgewiesen.

Vollziehung der Arbeitslosenversicherung wie anderer arbeitsmarktpolitisch wichtiger Materien (wie der Ausländerbeschäftigung) aus der unmittelbaren staatlichen Verwaltung (mit den Arbeitsämtern als nachgeordnete Dienststellen des Sozialministeriums) an ein „Dienstleistungsunternehmen des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit“ ausgelagert (vgl § 1 **Arbeitsmarktservicegesetz BGBl 1994/313**). Eine solche „Auslagerung“ ist gleichzeitig mit der Erlassung des AMSG auch im Hinblick auf die Regelung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung erfolgt, die sich seither im **Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz BGBl 1994/315** (AMPFG) findet.

Diese beiden gesetzlichen „Flankierungen“ des ALVG sind bei einer Kommentierung des Arbeitslosenversicherungsrechts somit in jedem Fall mit zu berücksichtigen. Das gilt in gleicher Weise für die – schon älteren – leistungsrechtlichen „Ergänzungen“ in Form des **Überbrückungshilfengesetzes** (BGBl 1963/174, ÜHG) sowie des **Sonderunterstützungsgesetzes** (BGBl 1973/642, SUG).

Die beiden letztgenannten Gesetze haben wie das „Hauptgesetz“ ALVG die leichtere Bewältigung des **sozialen Risikos Arbeitslosigkeit** zum Ziel. Dies erfolgt im Wesentlichen durch Geldleistungen, die eine teilweise Kompensation des durch den Verlust einer Beschäftigung eingetretenen Einkommensausfalls bewirken sollen und daher insb dann nicht mehr in Betracht kommen, wenn wieder eine neue Beschäftigung besteht. Dazu kommt die Gewährleistung des Schutzes durch die gesetzliche Kranken- und (seit Einführung des Pensionskontos auch) Pensionsversicherung wie für Erwerbstätige und erforderlichenfalls die Erfassung durch die gesetzliche Unfallversicherung. Der AdressatInnenkreis für diese Leistungen umfasst an sich nur **unselbständig Erwerbstätige**, also Personen, die ihre persönliche Arbeitskraft zur Verfügung stellen (müssen) und sonst kein Einkommen erzielen (können), wenn ihre Arbeitskraft – vorübergehend oder gar für längere Zeit – nicht nachgefragt wird. Nach dem insoweit auch verfassungsrechtlich vorgegebenen Grundprinzip der Sozialversicherung sind diese Personen – eben wegen des **gleichartigen Risikos**, dem sie ausgesetzt sind – in einer **Versicherungsgemeinschaft** zusammengefasst, wobei die Finanzierung der bei Eintritt des Risikos abrufbaren Leistungen von den Versicherten und ihren Dienstgeberinnen gemeinsam bestritten wird.

Mit diesem Verständnis eines gemeinsamen sozialen Risikos, zu dessen besserer Bewältigung eine möglichst **homogene** Versichertengemeinschaft durch eine gesetzliche Pflichtversicherung gebildet wird, wurde durch die Ermöglichung einer Einbeziehung selbständig Erwerbstätiger gebrochen. Dieser **Systembruch** wird zwar durch den Umstand, dass die Einbeziehung auf freiwilliger Basis erfolgt und die Bindung dann für zumindest acht Jahre eingegangen werden muss, einigermassen relativiert. Dass die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung in der Arbeitslosenversicherung aber nur für eine – zumal sehr heterogene – Personengruppe vorgesehen ist, die dem eigentlichen Risiko wesentlich ferner ist als etwa Dienstnehmerinnen mit mehreren geringfügigen Beschäftigungen (und zudem diesen Schutz in vielen Fällen auch gar nicht braucht³), muss doch befremden. Das schließt nicht aus, eine Absicherung gegen das Risiko einer (vorübergehenden) „Einkommenslosigkeit“ zu schaffen, diese müsste dann aber breiter ansetzen und auch andere Bevölkerungsgruppen einschließen.

Die Erfassung auch **anderer sozialer Risiken** im Regime der Arbeitslosenversicherung hat aber durchaus Tradition. Man denke nur an die (erstmal 1960 erfolgte) Einbeziehung des Karenzurlaubsgeldes und später der Sondernotstandshilfe bzw der Teilzeitbeihilfe als vorran-

3 Das bestätigt auch der Umstand, dass im Jahresschnitt bisher deutlich weniger als 1000 Selbständige von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben.

gig familienpolitische Leistungen, die in der Folge mit dem Karenzgeldgesetz (BGBl I 1997/47) verselbständigt und mit dem Kinderbetreuungsgeldgesetz (BGBl I 2001/103) auf eine völlig neue Basis gestellt wurden. Immer noch **systemfremd** sind die Regelungen über die Kranken- und Pensionsversicherung bei Sterbebegleitung oder Pflegekarenz bzw Pflegezeit (vgl §§ 29ff AIVG). Sozialpolitisch fragwürdig und auch rechtlich durchaus zweifelhaft ist weiters die Abschiebung von Risiken aus der Pensions- in die Arbeitslosenversicherung durch die beiden Übergangsgeldvarianten in §§ 39 und 39a AIVG.

Auch das Umschulungsgeld als „besondere Leistung für gesundheitlich beeinträchtigte Personen“ nach § 39b AIVG dient dem Ziel einer Entlastung der Pensionsversicherung (auch im Hinblick auf das statistische Pensionsantrittsalter!). Diese Leistung als Existenzsicherung während der Zeit einer beruflichen Rehabilitation ist aber nicht nur rechtssystematisch, sondern auch materiell viel näher beim AMS als bei der Pensionsversicherung. Wegen ihres noch engeren Bezugs zum Kernbereich des AIVG völlig zutreffend ist auch die Einordnung der Leistungen zur Beschäftigungsförderung in §§ 26ff, zumindest was Altersteilzeit-, Weiterbildungs- und Bildungsteilzeitgeld betrifft. Bei der „Teilpension“ nach § 27a AIVG ist dieser Systemzusammenhang schon wieder schwerer herzustellen, auch wenn es sich erklärtermaßen um eine „erweiterte Altersteilzeit“ handelt.

Trotz dieser – mehr oder weniger stimmigen – Erweiterungen ist der **Kernbereich** des AIVG nach wie vor den Maßnahmen zur Bewältigung der individuellen Folgen von Arbeitslosigkeit gewidmet. Dieses Risiko unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt von anderen „klassischen“ sozialen Risiken, die hier vorgesehenen Leistungen und die dafür statuierten Voraussetzungen sind deswegen auch häufiger und heftiger **umstritten** als jene in anderen Teilen des Sozialsystems: Der Verlust einer Beschäftigung geht zwar in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle auf die Entscheidung einer anderen Person zurück, auf die **bisher genutzte Arbeitskraft der nun Arbeitslosen nicht mehr zurückgreifen zu wollen bzw zu können**. Diese Entscheidung kann aber auch auf ein Fehlverhalten der dann arbeitslosen Person zurückgehen oder auch – ausnahmsweise – von dieser selbst getroffen worden sein (was ja dann regelmäßig nach § 11 AIVG zu Sanktionen führt). Vor allem aber ist die Dauer der Arbeitslosigkeit auch davon abhängig, ob und zu welchen Bedingungen die Arbeitslose bereit ist, eine neue Beschäftigung aufzunehmen. Diese „individuelle Einflussmöglichkeit“ besteht beim Risiko Alter gar nicht, bei anderen Risiken wie Krankheit oder Pflegebedürftigkeit nur marginal und meist nur auf der Ebene der Prävention.

Wenn die Absicherung bei Arbeitslosigkeit aber nur dann gewährt wird, wenn gar keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr bestehen und es sohin keine Rolle mehr spielte, welche Arbeits- und Entgeltbedingungen bei den vorhandenen Beschäftigungen angeboten werden, wie weit entfernt diese vom Wohnort der arbeitslosen Person sind oder wie die Versorgung ihrer Kinder sichergestellt werden kann, würde das System zum Instrument für **Lohn- und Sozialdumping** verkommen. Bei so heiklen Punkten wie zB den Zumutbarkeitsbestimmungen und den bei Arbeitsunwilligkeit drohenden Sanktionen oder bei der Frage der Anrechnung von eigenem oder Partnerinnen-Einkommen muss daher eine **Balance** gefunden werden, bei der natürlich auch andere Gesichtspunkte wie die wirtschaftliche Entwicklung, regionale Strukturunterschiede, aber auch Armutsvermeidung eine Rolle spielen (müssen).

In den Regelungen über die Arbeitslosenversicherung spiegelt sich daher die Notwendigkeit eines angemessenen **Ausgleichs unterschiedlicher gesellschaftlicher wie individueller Interessen**, der von der Politik und der Gesetzgebung ja eigentlich stets angestrebt werden sollte, ganz besonders deutlich nieder. Das verleiht dieser Materie große Brisanz, wie auch die nun schon länger dauernde Diskussion über eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversiche-

rung zeigt, macht die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihr aber gleichzeitig außerordentlich reizvoll.

2. Aufbau des Kommentars

Die vorliegende Kommentierung will das **gesamte Recht der Arbeitslosenversicherung** erfassen. Die Bearbeitung erfolgt aber insofern unterschiedlich, als nur vier Gesetze gesondert kommentiert werden, während die anderen Rechtsgrundlagen in diesen Kommentierungen an den entsprechenden Stellen mitberücksichtigt, ansonsten aber nur mehr im **Anhang** abgedruckt werden.

Dabei steht natürlich das **ALVG** im Vordergrund. Dessen Bestimmungen werden grds **einzel**n kommentiert (nur bei besonderem sachlichen Zusammenhang wurden mehrere Paragraphen zusammengezogen), wobei auf die Flankierungen im **AMSG** bzw im Arbeitsmarktförderungsgesetz (BGBl 1969/31, **AMFG**), abgedruckt als Anhänge 1 bzw 2, Bezug genommen wird, wenn es im jeweiligen Kontext des ALVG geboten erscheint. Gleiches gilt für die auf dem ALVG basierenden **Verordnungen**, die als Anhänge 4–11 abgedruckt sind, sowie die leistungsrechtlich relevanten (**Bundes-**)**Richtlinien** des AMS, die sich in den Anhängen 12–16 finden.

Die besondere Bedeutung des Leistungsrechts schlägt sich auch im Umfang (wie Autorinnen und Herausgeber aber annehmen: nicht in der Qualität) der Kommentierung der **versicherungsrechtlichen** Bestimmungen des ALVG nieder. Diese sind so eng mit dem Versicherungsrecht des ASVG verknüpft, dass es nahezu ausgeschlossen erscheint, dass Probleme nur für die ALVG-Versicherung auftauchen, die nicht zugleich auch in der Krankenversicherung nach ASVG bestehen. Es wurde daher darauf verzichtet, das für das ALVG maßgebliche Versicherungsrecht des ASVG in allen Details (zB beim Entgeltbegriff oder beim Begriff der Dienstgeberin) auch in diesem Kommentar abzubilden, da alle maßgeblichen Fragen zu den dafür relevanten Bestimmungen des ASVG (wie zB §§ 35 und 49) im **SV-Komm** (seit 2013 hrsg von Mosler/Müller/Pfeil) ausführlich dargestellt sind. Daher begnügt sich der vorliegende Kommentar im Versicherungsrecht mit wesentlichen Grundzügen und Querverweisen auf das ASVG.

Der daraus resultierende **Schwerpunkt im Leistungsrecht** des ALVG bzw den dazugehörigen formellen Vorschriften hat es daher auch erlaubt, die ergänzenden Bestimmungen des **SUG, ÜHG und AMPFG** zwar gesondert, aber doch in einer **summarischen** Weise zu kommentieren, wobei nach Möglichkeit auf die entsprechenden „Vorbild“-Regelungen im ALVG und deren Kommentierung verwiesen wird.

Trotz dieser Versuche einer „Rationalisierung“ und dem Bemühen, auch sonst eine weitest mögliche Abstimmung zwischen den einzelnen Beiträgen herzustellen, haben wir als Team großen Wert darauf gelegt, dass die **Individualität** der Bearbeitungen – und damit die (namentlich ausgewiesene) **Verantwortung** für den jeweiligen Teil des Gesamtwerks – gewahrt bleibt. Unterschiedliche Positionen zwischen einzelnen Autorinnen waren erfreulicherweise sehr selten, sie wurden gegebenenfalls diskutiert und sind, wenn sie nicht ausgeräumt werden konnten, auch sichtbar gemacht. „Eingriffe“ der Herausgeberinnen hat es daher nur im Sinn einer Vereinheitlichung der formalen Gestaltung und hinsichtlich der Querverweise innerhalb des Kommentars gegeben.

Ein wesentlicher Punkt in diesem Zusammenhang wurde schon zu Beginn zwischen Autorinnen, Herausgeber und Verlag einvernehmlich festgelegt. Es war für uns alle selbstverständlich, dass wir unsere Texte angemessen **gendern**. Um eine größtmögliche Lesbarkeit zu gewährleisten, haben wir uns aber darauf geeinigt, nicht mit Binnen-I, Schrägstrichen oder Duplizie-

rungen (wie „Bezieherinnen und Bezieher“) zu arbeiten, sondern dort, wo geschlechtsneutrale Formulierungen nicht möglich oder nicht passend sind, **die weibliche Form** zu verwenden. Damit findet sich – wie teilweise auch im Gesetz – häufig „die arbeitslose Person“ oder „die Arbeitslosen“, aber – und insoweit abweichend vom Gesetz – noch häufiger „die Arbeitslose“, die „Antragstellerin“ oder „die Partnerin“.

Das vorliegende Werk hatte in seiner Stammfassung Literatur und Judikatur jedenfalls bis Ende 2015 berücksichtigt. Es hat erfreulicherweise die damals von allen an seiner Entstehung Beteiligten erhoffte Aufnahme gefunden. Die für diesen Fall in Aussicht gestellte **jährliche Aktualisierung in Form von Ergänzungs- oder Austauschlieferungen** konnte daher realisiert werden. Mit den nun vorgelegten Ergänzungslieferungen, die wegen der Erweiterung des Herausgeberinnenteams eine wichtige formale Änderung bringen, aber gewiss keine inhaltliche Zäsur darstellen sollen, befindet sich die Kommentierung auf dem Stand der **Rechtslage zum 1. 9. 2022**.

